Freiheitsfackel

MITTEILUNGSBLATT

FÜR DIE MITGLIEDER DES FREIHEITSBUNDES E. V. LANDESVERBAND BERLIN

Nummer 25

Ein braunes come back?

Im August dieses Jahres haben es einige wenige Tageszeitungen unternommen, daran zu erinnern, daß vor genau 40 Jahren die Deutsche Nationalversammlung in Weimar dem deutschen Volke eine nach damaligen politischen Gesichtspunkten der besten und freiheitlichsten Verfassung gab.

Wie freiheitlich diese Verfassung war, schreibt eine Berliner Wochenzeitung, zeigte, daß man die Embleme des Staates, die schwarz-rot-goldene Flagge, mit den übelsten Schimpfworten belegen konnte, ohne daß man dafür bestraft wurde.

Ich möchte der Auslegung der Freiheit durch bestimmte Kreise in der Weimarer Republik hinzufügen, daß es soweit ging, daß selbst Richter, die zum Schutze der Verfassung auf dieselbe, vereidigt waren, dieser Entwicklung der Verunglimpfung der Republik Vorschub leisteten, indem sie dem Treiben der Feinde des Weimarer Staates nicht nur passiv gegenüberstanden, sondern diejenigen, die sich aus demokratischer Gesinnung der braunen Pest entgegenstellten auf Grund dieser freiheitlichen Verfassung und der einseitigen Auslegung ihrer Paragraphen zum Schutze der Republik in Gefängnisse warfen.

Mit dem Artikel 48 dieser Verfassung, die sich die Demokratie gab, wurden 1932 Minister einer nach der Verfassung vom Volke frei gewählten Regierung durch einen Offizier mit Unterstützung der Reichsregierung davongejagt, ohne daß das Volk oder die Organisationen dieses Volkes die Republik aktiv verteidigten, weil dem Volke niemals in den 20er Jahren der Sinn und Zweck einer freiheitlichen Verfassung so eindeutig klargemacht wurde, daß es sich gegen Verfassungsverletzungen mit ganzer Kraft zur Erhaltung der persönlichen und allgemeinen Freiheit einsetzte. So war es im Jahre 1933 nicht schwer, daß die Nazis mit Artikeln der Verfassung die Verfassung selbst außer Kraft setzten. Ein Paradoxum einmaliger Art in der Demokratie.

Warum bringe ich gerade jetzt den Gedanken über diese Weimarer Misere zu Papier? Nicht etwa weil ich ein Gegner freiheitlicher Verfassungen noch persönlicher Freiheit bin, sondern weil ich Sorge habe, daß es die bundesdeutsche Demokratie bis zum heutigen Tage wieder nicht verstanden hat, in den Herzen der Mehrheit des Volkes den Sinn und das Ideal der Freiheit und der Demokratie so zu verankern, daß es auf Grund dieses Versäumnisses den Gespenstern der Vergangenheit wieder möglich ist, ihr Unwesen zu treiben. Wie kann es sonst möglich sein, daß bei einem Treffen der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS der ehemalige General der Leibstandarte Adolf Hitler, Sepp Dietrich, sagte, jeder, der die Waffen-SS angreife, unterstütze den Kommunismus und man hätte es nicht nötig, die Hintertreppen zu benutzen, sondern für sie — nämlich

der Waffen-SS — sei der Vorderaufgang der Demokratie da. Worte, die nicht neu an unser Ohr klingen, oder wie kommt es, daß 14 Jahre nach dem gräßlichsten aller Kriege und der durch die Wahnsinnspolitik der Nazis herbeigeführten Spaltung Deutschlands und gerade zu einer Zeit, da sich die Außenminister in Genf trafen, um Mittel und Wege zu suchen, der Welt den Frieden zu erhalten, Herr Paul Schmidt, Pressechef des berüchtigten Nazi-Außenministers Ribbentrop, der vor 20 Jahren den sogenannten Stalin-Hitler-Pakt in Moskau zur Teilung der Welt unterzeichnete, dieser Schmidt von einem bekannten Großverlag in Hamburg für die illustrierte Zeitung „Kristall" zum politischen Redakteur bestellt wird.

Auf Grund dieser Einstellung haben vier Redakteure dieses Verlages ihren Rücktritt vollzogen. Hut ab, vor der Haltung dieser Redakteure! Die deutsche Presse sollte eine derartige, ich möchte sagen fast einmalige demokratische Haltung solcher Männer, nicht in ihren letzten Spalten, sondern an einer ins Auge des Lesers fallenden Stelle bringen, um auch der Welt zu zeigen, daß wie in der Nazizeit und in der Weimarer Republik auch heute aufrechte Männer sich gegen die Renazifizierung von Wirschaft und Politik einsetzen, ohne dazu von höherer Stelle aufgefordert zu werden.

Ich glaube, das Erschreckendste des braunen come back hat sich — und das veranlaßte mich zum Schreiben dieser Zeilen — in Heidelberg abgespielt. Eine Studentenzeitung schrieb auf Grund der sich wieder sehr rührig zeigenden ewig Gestrigen einen Artikel mit der Überschrift „Man trägt wieder das Braunhemd". Beim Verteilen dieser Zeitung wurden im Hofe der Universität Heidelberg demokratische Studenten von anderen Kommilitionen niedergeschlagen.

Und hier schließt sich der Kreis. Auf deutschen Hochschulen werden neben anderen Akademikern und Wissenschaftlern auch Juristen und spätere Richter herangebildet, die mit über die demokratische Verfassung zu wachen und über deren Feinde zu richten haben. Wenn das, was nur als kleiner Ausschnitt der reaktionären Wiedergeburt von mir gebrachte, insbesondere der Vorfall in Heidelberg, am grünen Holze der jungen deutschen Demokratie geschieht, muß sich ein Demokrat oftmals die Frage vorlegen, wann gedenkt die Bundesregierung und ihre Organe eigentlich neben dem berechtigten Kampf, den sie rückhaltlos gegen den Kommunismus führt, mit derselben Schärfe gegen die Feinde der Demokratie von rechts vorzugehen. Der Unterstützung aller Sozialdemokraten kann sich die Bundesregierung dabei gewiß sein.

Für uns aber heißt es nicht müde zu werden um neue Kämpfer für die Demokratie zu gewinnen, unsere Reihen zu stärken, und damit ein come back der Braunhemden zu verhindern.

F. M.

„Wir und die Bundeswehr!"

In der illustrierten Zeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes für junge Menschen „Aufwärts" Nr. 7 ist ein Leserbrief veröffentlicht, in dem der unbefangene Leser, der glaubt, daß das innere Gefüge der Bundeswehr nun wirklich dem demokratischen Gedanken entspricht, eines anderen Sinnes wird.

Dieser junge Soldat, der nach dem zweiten Weltkrieg durch die gewerkschaftliche Schule gegangen ist, stellt fest, daß wohl die Zeitungen der beiden Konfessionen in den Lesezimmern der Kompanien ausliegen, jedoch die gewerkschaftliche Presse fehlt. Wenn man sich in der Führung der Bundeswehr noch nicht einmal dazu durchringen kann, daß die Zeitungen der großen gewerkschaftlichen Bewegung, die ein wesentlicher Bestandteil unseres demokratischen Lebens ist, in der Bundeswehr gelesen werden dürfen, dann ist etwas nicht in Ordnung in dieser Institution.

Beim Lesen dieser Zeilen eines jungen Gewerkschaftlers, der wahrscheinlich seiner Wehrpflicht genügen muß, hat man einen bitteren Beigeschmack auf der Zunge.

Als die Reichswehr gebildet wurde, hat der damalige Minister Noske die Arbeiter aufgefordert ihre Söhne zur Reichswehr zu schicken. Dieser Ruf verhallte ungehört. Nicht die Arbeitersöhne schlechthin gingen zur Reichswehr, sondern die Arbeiter, die auf Grund ihrer langjährigen Dienstzeit im kaiserlichen Heer die Stufen der Unteroffizier-Laufbahn durchlaufen und als Feldwebel oder Feldwebel - Leutnant ausgeschieden waren und nunmehr im zivilen Leben als Arbeiter sich durchs Leben schlagen mußten, ließen ihre Söhne in die Reichswehr eintreten. Diese Väter krankten daran, daß sie nach ihrer Meinung nicht mehr gesellschaftsfähig waren und wollten, daß es ihren Söhnen später besser gehen sollte; denn dem Untertanenverstand, der vor dem 1. Weltkrieg das gesellschaftliche Sein bestimmte, schwebte als höchstes Ziel die Anstellung als Beamter vor. Was dem Vater nicht gelungen war, sollte dem Sohn gelingen. Es ist bekannt, daß in der Reichswehr des Weimarer Staates die schulischen Voraussetzungen geschaffen wurden, daß den Zwölfendern die Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes in den Gemeinden, im Länder- oder Reichsdienst in einem gewissen Prozentsatz zur Verfügung standen. Welche Staatsbürger in den Jahren von 1920 bis 1933 aus der Reichswehr ausschieden, haben wir von Hitlers Machterschleichung gesehen. Pensionierte Offiziere verwendeten ihr Geld, das sie von der Republik erhielten, um den Stahlhelm oder die SA aufzubauen. Der Stabsgefreite der Reichswehr, der nach Ableistung seiner Dienstzeit im einfachen Dienst einer Gemeinde beschäftigt war, fand bereits schon vor 1933 im Kriegerverein, im Stahlhelm oder in der SA Anschluß und hatte hier einen Kreis, in dem er — seiner Meinung nach — Anerkennung fand. Bewußt hat man in der Reichswehr darauf geachtet, daß, wenn einmal die Soldaten und Offiziere ausschieden, sie sich nur in den Kreisen wohlfühlen sollten, die negativ der Republik gegenüberstanden.

Heute wird aus maßgebenden Kreisen des Bundesverteidigungsministeriums immer wieder betont, daß man nicht auf den Traditionen der nazistischen Wehrmacht oder der Reichswehr aufbaut. Doch beim Lesen des Briefes fühlt der Eingeweihte, was sich in der Bundeswehr wieder abspielt. Man isoliert die Wehrpflichtigen von den heutigen gewerkschaftlichen und politischen Problemen, erzeugt in den Längerdienenden ein Standesbewußtsein und führt das ganze Kontingent der Bundeswehr wieder dahin, daß es ein Staat im Staate ist.

Gelegentlich hat man davon gehört, daß die politischen Parteien Gespräche in verschiedenen Standorten mit den Bundeswehrsoldaten geführt haben. Diese Kontakte müssen aber verstärkt werden und nicht platonische Liebeserklärungen darstellen. Für Westberlin gibt es keine Wehrpflicht, aber Freiwillige aus Westberlin dienen bereits in der Bundeswehr. Diese werden eines Tages entlassen, sie werden wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert und stehen mit uns gemeinsam an der Drehbank oder arbeiten im Büro. Diese jungen Kameraden müssen wir für uns gewinnen, sie dürfen nicht den reaktionären Vereinen und Verbänden nachlaufen.

Deuten wir die Zeichen der Zeit richtig. Überall macht sich der Neo-Faschismus in den verschiedensten Formen bemerkbar, auch bei uns in Westberlin. Sehen wir uns die Besucher der Militärkonzerte an, lauschen wir den Gesprächen, und wir werden merken, daß die alte Zeit immer wieder zum Durchbruch kommt. Sie meinen: „Hitler war gut, er hat die Arbeitslosigkeit beseitigt und Straßen gebaut. Der junge Mensch war durch Arbeitsdienst und Wehrmacht von der Straße gebannt und lernte Zucht und Ordnung." Weist man

aber auf die Folgeerscheinungen der Röhm-Revolte, der KZ und der Sondergerichte hin, so werden diese Grausamkeiten verniedlicht, sie werden von diesen Ewig-Gestrigen als harmlose Randerscheinungen angesehen, denen man nicht so viel Bedeutung zulegen soll.

Unsere Väter, die eine neue Gesellschaftsordnung aufbauen wollten, und wir, die wir glaubten, in der Weimarer Verfassung diese Ordnung zu verwirklichen, mußten als Soldaten dem Kaiser bzw. Hitler dienen. Gewiß waren wir nur Rädchen in den Kriegsmaschinen dieser Tribunen, viele von uns mußten sogar ihr Leben dafür opfern.

Heute wird eine neue Bundeswehr aufgebaut. Wiederum müssen unsere Söhne und jungen Kollegen einer Wehrpflicht genügen. Wir hören viel, daß die westliche Welt die freiheitlichen Ideale verkörpert. Unsere Bundeswehr ist nur ein Teil der Nato-Armee, daher müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, daß die Bundeswehr tatsächlich eine Wehr des demokratischen Deutschlands ist und daß nie mehr aus dieser Organisation Menschen entlassen werden, die nicht Demokraten sind. Und so unterstützen wir den Wunsch des jungen Gewerkschaftlers, der fordert, daß gewerkschaftliche Zeitungen in den Kompaniestuben ausgelegt werden; denn nur diese sind in der Lage, die Probleme unserer Zeit offen und ehrlich auszu anderzusetzen, damit unsere jungen Mitbürger, auch während der Zeit ihrer Wehrpflicht, stets die Verbindung mit ihrer Umwelt, mit dem demokratischen Leben, halten.

K. N.

Bezirkliche Nachrichten:

Herausgeber: Freiheitsbund e. V., Landesverband Berlin. **Verantwortlich:** Franz Meyer, Ernst Carlbergh, beide Berlin-Wilmersdorf, Sigmaringer Str. 8, Telefon 87 29 08. **Druck:** Rudolf Otto, Berlin W 35, Lützowstraße 63, Telefon 13 12 59.